

PRESSEMITTEILUNG

des Pro Lausitzer Braunkohle e.V.



Cottbus/Lausitz, 22. August 2018

Die Lausitzer Braunkohle braucht im Land Brandenburg Kontinuität

Pressemitteilung des Pro Lausitzer Braunkohle e.V. zum angekündigten Rücktritt des Brandenburger Wirtschaftsministers Albrecht Gerber:

Der gestern überraschend angekündigte Rücktritt des amtierenden Brandenburger Wirtschaftsministers Albrecht Gerber zeugt von menschlicher Größe und verdient uneingeschränkten Respekt. Ein Mann kommt seiner Verantwortung als Ehemann und Familienvater nach – diese Entscheidung hat in der Sozialdemokratie gute Vorbilder. Wir wünschen Albrecht Gerber und seiner Familie für den bevorstehenden Weg Kraft und Zuversicht sowie das notwendige Quäntchen Glück.

„Albrecht Gerber stand immer für eine mit Realitätssinn gefüllte, klare und sachliche Position zur Lausitzer Braunkohle. Er hat sich nie von der oft ideologisch geführten Debatte um den Kohleausstieg vereinnahmen lassen. Diese klare Position im Amt des Brandenburger Wirtschaftsministers braucht nun Kontinuität, um der Lausitz den Weg in eine lebenswerte Zukunft offenzuhalten.“, so Wolfgang Rupieper, Vorstandsvorsitzender des Pro Lausitzer Braunkohle e.V.

Eine klare Absage hingegen erteilt der Verein an grüne Ideologen, die dieses schwere persönliche Schicksal sofort als Projektionsfläche für ein Umsteuern der Brandenburger Wirtschaftspolitik in Bezug zur Lausitzer Braunkohle nutzten und damit jegliche Geschmacklosigkeit untermauern.

„Es ist sarkastisch und bar jeder Moral, wie Frau Nonnenmacher und die Grünen sich Aasgeiern gleich sofort nach Verkündung des sichtlich schweren Schicksalsschlages über das vermeintliche Erbe von Albrecht Gerber hermachten. Die Schlagzeile ist den Grünen offensichtlich näher als menschliche Werte. Auch in der öffentlichen Debatte und seitens der Medien wäre hier mehr Contenance wünschenswert. Albrecht Gerber war kein „blinder“ Kohlebefürworter, er war ein pragmatischer Wirtschaftspolitiker von Format. Die Lausitz wird ihm immer zu Dank verpflichtet bleiben. Grüne Ideologen haben hingegen keinerlei Mandat in der Lausitz, das zeigen auch alle Wahlergebnisse und demokratischen Meinungsbekundungen. Insofern sollten Frau Nonnenmacher und Co. auch nicht über die Lausitz richten und die Menschen hier nicht weiter verunsichern. Wir brauchen jetzt in Potsdam eine verlässliche Politik mit Augenmaß und Realitätssinn, die auch die Demokratie in der Lausitz stärkt.“, so Wolfgang Rupieper abschließend.

Für Nachfragen steht Ihnen Wolfgang Rupieper, Vorstandsvorsitzender des Pro Lausitzer Braunkohle e.V., gern zur Verfügung.

Ihr Ansprechpartner:

Jens Taschenberger, Tel.: 0177/3073079, presse@prolausitzerbraunkohle.de